

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungsblatt für das Erzgebirge
Verlagsgesellschaft für das Erzgebirge
Verlagsdirektor: Paul Pöhlmann
Herausgeber: Paul Pöhlmann
Verlag: Paul Pöhlmann
Jahrgang 19. 1924

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 119 Donnerstag, den 22. Mai 1924 19. Jahrgang

Um die Regierungsbildung.

Die Beratung der Parteiführer.
Berlin, 21. Mai. Kurz nach 10 Uhr trat am Mittwoch auf Einladung der Deutschnationalen im Reichstag die Konferenz der bürgerlichen Parteiführer zusammen. Um über die Frage der Regierungsbildung zu beraten. Von den Deutschnationalen selbst nahmen an der Sitzung teil die Abgeordneten Hertig, Schiele, Wallraf, Graf Westarp, Behrens, vom Zentrum Dr. Peter Spahn, Dr. Braun, Stegerwald, Giesberts und Beder-Andersberg, von der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz, Kempfers und Dr. Curtius, von den Demokraten Koch-Besler, Reinath und Erkelenz, und von der Völkischen Volkspartei der Abgeordnete Veldt. Nach 12 Uhr mittags wurden die Verhandlungen abgebrochen, ohne ein Ergebnis gebracht zu haben. Man einigte sich dahin, in kurzem von neuem zusammenzukommen. Inzwischen wollen die Parteiführer nunmehr mit ihren Fraktionen über den Verlauf der heutigen Sitzung sprechen. Alle Teilnehmer der heutigen Beratungen verpflichteten sich zu strengster Vertraulichkeit.

Worum die Beratung unterbrochen wurde.
Zirpich als deutschnationaler Reichskanzlerkandidat.
Ueber den Grund, weshalb die gestrige Sitzung einstellend unterbrochen wurde, schreibt uns der „Demokratische Zeitungsdienst“:
Parteiorganisationen aus den verschiedenen Lagern deuten an, daß es ein deutschnationaler Vorschlag war, der den anderen Parteien unangenehm erschien und damit die Unterbrechung verursachte. Man kann über diesen Vorschlag insofern ruhig deutlicher reden. Unseres Wissens haben sich die Dinge so abgespielt, daß den Deutschnationalen das Verlangen der Mittelparteien, über den künftigen Kurs der Außenpolitik eine Ausdrucksfrage und eine Klärung herbeizuführen, offenbar nicht sehr bequem war. Sie haben deshalb die Meinung vertreten, man solle doch das unfruchtbare Hin und Her der Meinungen zunächst einmal lassen und vielmehr versuchen praktisch voranzukommen. Dazu sei nach ihrer Meinung der geeignetste Weg der, daß man die Letztinstanzfrage in die Hand einer Persönlichkeit lege, die für die künftige Uebernahme des Reichskanzlerpostens qualifiziert sei und die, über den Parteien stehend, diesen ihr Programm entwickeln und einen Ausgleich der Parteihandpunkte versuchen könne. Als diese Persönlichkeit drachten die Deutschnationalen die Partei, und Fraktionsmitglied, den Admiral von Tirpitz in Vorschlag.

Auch mit diesem Versuch, die Initiative an sich zu reißen, haben die Deutschnationalen einen Misserfolg gehabt. Die völkischparteilichen Vertreter und die des Zentrums äußerten sofort Bedenken, mit aller Klarheit und Entschiedenheit aber wurde von demokratischer Seite betont, daß es unmöglich sei, mit einem Reichskanzlerkandidaten zu verhandeln, solange noch der gegenwärtige Reichskanzler vollständig im Amt sei und seine Demission nicht gegeben habe. Ein völkischparteilicher Vermittlungsvorschlag, zu erneuten Besprechungen Herrn v. Tirpitz als Vertreter der Deutschnationalen hinzuzuziehen, wurde von diesen mit der Begründung abgelehnt, daß sie ihren Kanzlerkandidaten nicht mit irgendwelchen parteipolitischen Bindungen belasten wollten. Man könnte vielleicht auch der Meinung sein, daß sie in Sorge waren, der um eine möglichst objektive Lösung bemühte Admiral könnte bei einer solchen Gelegenheit zu starken Einflüssen der anderen Parteien ausgesetzt sein.

Die Völkischen fordern den Rücktritt der Regierung Marx-Stresemann.

Der Landesverband Berlin der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat, wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, eine Entschließung gefaßt, in der gesagt wird, daß der Reichspräsident Ebert trotz des seit langem feststehenden Wahlergebnisses keine Anstalten zu einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Regierungsneubildung getroffen habe. Er erblickt in diesem Verhalten eine Parteipolitik, die mit den von Herrn Ebert bislang vertretenen Grundthesen in schroffem Gegensatz steht und mit seinem gemäß Artikel 42 der Reichsverfassung geleisteten Amtseid unvereinbar ist. Der Landesverband erkennt der Regierung Marx-Stresemann jedes Recht zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte ab und fordert ihre sofortige Amtsniederlegung.

Die D. V. P. Oldenburgs gegen die große Koalition.

Hamburg, 21. 5. Die Deutsche Volkspartei hat sich erneut mit der Regierungsbildung beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt: „Nachdem der Ausfall der Reichstagswahlen sowohl im ganzen Reich wie im Oldenburgischen Land gezeigt hat, daß die große Mehrheit der Wähler in den bürgerlichen Parteien die Koalition mit der Sozialdemokratie ablehnt, erklärt die Deutsche Volkspartei, daß sie sich an der Bildung einer parlamentarischen Regierung in Oldenburg auf der Grundlage der großen Koalition nicht mehr beteiligt.“

Die deutschnationalen Einladungen an die Deutschvölkischen.
Berlin, 21. 5. Die deutschnationalen Fraktion hat inzwischen eine Einladung an die nationalsozialistische Freiheitspartei zu Besprechungen über eine Regierungsbildung ergehen lassen. Die Nationalsozialisten haben die Einladung angenommen. Die Beratungen sollen heute nachmittags stattfinden.

Erster Zusammentritt des Reichstages am 27. Mai.
Der Reichstag wird am 27. Mai zum ersten Male zusammenkommen. Eine besondere Tagesordnung für die erste Sitzung ist allerdings nicht herausgegeben worden und wird auch nicht herausgegeben werden. Die Beratung des Reichstages erfolgt durch amtliche Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ vom Mittwoch, sowie durch direkte Benachrichtigung der Reichstagsmitglieder. Die Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ hat folgenden Wortlaut: Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neu gewählte Reichstag am Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten. Der Präsident des Reichstages ist Herr v. Brüning.

Am Vormittag des 27. Mai finden feierliche Gottesdienste für die Reichstagsmitglieder statt.
Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei
trat am Mittwoch im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, der ersten nach den Neuwahlen, die aus allen Teilen des Reiches gut besucht war und der auch der frühere Vorsitzende des Parteivorstandes, Bürgermeister Dr. Petersen, neben den Reichsministern Dr. Gieseler und Dr. Gamm, sowie mehreren Ministern von Einzelstaaten beizuwohnte. Ueber die Reichstagswahlen referierten die Vgl. Erkelenz und Koch und es schloß sich daran eine eingehende, bis in den späten Nachmittag anhaltende Aussprache, die sich besonders mit der Frage der Regierungsbildung und den interfraktionellen Verhandlungen befaßte.

Angriffe auf Sebering.

Im preussischen Landtag trachten die Sozialdemokraten also die Parteigenossen von Sebering, eine Anfrage ein, warum das Staatsministerium die Versammlung am 11. Mai in Halle erlaubt, alle Veranstaltungen aber der Arbeiterschaft am 1. Mai verboten habe. Das bedeute ein Wessens mit zweierlei Maß. Eine Anfrage der Deutschnationalen beschäftigte sich mit den Verboten von Umzügen und öffentlichen Demonstrationen in Halle. Die kommunistischen Delegierten beantragten die sofortige Rücktritt des Innenministers Sebering. Dieser wies die auf ihn gemachten Angriffe zurück; die Kommunisten haben ihre Gewalttaten in Halle vorbereitet auf Befehl ihrer kommunistischen Zentrale und die Deutschnationalen übersehen, daß offene Umzüge vom Reichsinnenminister verboten sind, während er nur Ausnahmen zulassen könne. In Halle ist allerdings verboten ein Umzug bei Rückkehr von der Rennbahn sowie veranstaltet worden, den die Polizei freilich nur deswegen nicht durchsetzen konnte, da sie zur gleichen Zeit mit der Abwehr kommunistischer Truppen beschäftigt und also zu schwach war.

Wüste kommunistische Heide.

Die kommunistische Partei hat für den kommenden Sonntag eine Konferenz nach Berlin einberufen, die den Deutschen Arbeitertag, der für den 1. Juni in Weizsäcker geplant ist, vorbereiten soll. Auf der Weizsäcker Tagung will man sich in erster Linie mit der Einstellung der RPD gegenüber den Rechtsorganisationen beschäftigen, dann aber auch mit der Frage, in welcher Weise die neuerdings stark radikalisierte Partei sich gegenüber den Gewerkschaften einstellen soll.

Gleichzeitig haben die Kommunisten ihre Mitglieder aufgefordert, am 25. gegen den „Faschistentrummel“ in Potsdam zu demonstrieren, obwohl für Sonntag keinerlei Kundgebungen der Rechtsorganisationen in Potsdam angefragt sind.

Die „Volkswacht“ aus Pommern, die in Berlin verbreitete Erbs für die verbotene „Rote Fahne“, hegt die Berliner Arbeiterschaft zur Teilnahme am „Potsdamer Faschistentag“ am 25. Mai auf: Wenn Potsdam zu einem vollen Sieg für die Arbeiter wird, dann ist die Flut der Faschistenverbrechen in Preußen für das Erste gebrochen dann werden die Arbeiter ungeheuer gefährdet zur Offensiv übergehen können.

Wessen man sich von den Kommunisten, die mit aller Gewalt auf blutige Zusammenstöße loszuweichen, in nächster Zeit zu versehen hat, zeigt das Telegramm aus der Pommerschen „Volkswacht“ über den Montag in Fürstentum am vorigen Sonntag mit der begeisterten Schilderung des „Ansturms der kommunistischen Jugend“: „Plötzlich stürmte die kommunistische Jugend, ungefähr 500 bis 600 Mann stark, in geschlossenem Zug in die Stadt. Im Sturmschritt wurde die Kette der Schutzpolizei durchbrochen, und man sah einen Schutzpolizisten faule ein Holzknüttel, geschwungen von jugendlichen Arbeiterfäusten, über den Schädel. Der Sturm der Jugend ging durch die ganze Stadt, bis er durch viele Hundertschaften Schutzpolizei auseinandergetrieben wurde.“

Eine fröhliche Provokation der Staatsgewalt ist nicht aus denkerbar. Alle Schwäche gegenüber diesem Stroh- und Verbredertum wäre eine Verhöhnung am deutschen Volke.

Der Ruhrstreik.

Ablehnung des Schiedspruches im Ruhrrevier.
Bonn, 21. Mai. Der gestrige Betriebsrätekonferenz des Ruhrreviers Billigte einstimmig die Ablehnung des Schiedspruches durch die Bergarbeiterverbände. Der Zehnerverband erklärt heute, daß der Böderungsaustritt seit Beginn des Streiks bis 20. Mai 120 Millionen Goldmark erreicht hat.
Effen, 21. Mai. Die Arbeiterschaft des Industriebezirks hat Lohnforderungen von generell 25 Prozent aufgestellt. In 18 Versammlungen des gestrigen Tages wurden Beschlüsse zugunsten eines allgemeinen Industriearbeiterstreiks gefaßt.

Katastrophale Folgen des Ruhrstreiks.

Berlin, 21. Mai. Wie dem „Berliner Boten“ aus Essen berichtet wird, werden die Folgen des Ruhrstreiks immer katastrophaler. Wenn bis Donnerstag mittag der Kohlenmangel nicht behoben worden ist, was nach Lage der Dinge auszusehen scheint, werden die gesamten Ruhrischen Werke stillgelegt. Die 90 000 Mann zählende Belegschaft ist auf die Eisenbahnunterstützung angewiesen. Die Rhein-W.G. für Bergwerks- und Hüttenbetrieb Düsseldorf sieht sich bereits gezwungen, von heute an wegen Kohlenmangel den gesamten Betrieb stillzulegen. Auch die Verwaltung der Dortmunder Union gibt bekannt, daß sie sehr bald den Betrieb einstellen müsse.

Stillgelegte Unternehmungen in Oberschlesien.

Wagnitz, 21. Mai. Dem „Oberschlesischen Kurier“ zufolge werden die großen Industrieunternehmen der Gesellschaft Gieseler Erden in Schöpsditz nach und nach stillgelegt. Auf der Wagnitz wurden in der Salzsäurefabrik zwei Kammern fast gesteuert. Durch Blakatanerschlag wird jetzt bekannt gegeben, daß 10 Schmelzöfen fast gesteuert werden sollen, wodurch 200 Arbeiter brotlos werden. Aus Sosnowice wird berichtet, daß auf der Grube Halina die Arbeit eingestellt wurde. Auch hier werden 200 Arbeiter brotlos. Auf der Grube Paris werden in der Woche nur noch zwei Tage gearbeitet.

Schwere Zusammenstöße im Ruhrgebiet.

Die belgischen Truppen greifen ein.
Berlin, 21. Mai. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch haben sich im Ruhrgebiet die ersten ernsthaften Zusammenstöße mit den streikenden Bergleuten ereignet. Auf der Heide Braßler bei Marl, dem nördlichsten Ende des eigentlichen Ruhrgebietes, hatte sich eine mehrere tausend Köpfe zählende Menschenmenge angesammelt, unter der sich auch viele Frauen befanden. Die Massen versuchten, die Kohlenarbeiter zu hindern und mit zu handeln. Das Bekehrer wurde gepörrigt. Schließlich mußte die Polizei herbeigeholt werden, die dann mit blanker Waffe vorging, nachdem sie mit Steinen und auch Schüssen empfangen worden war. Die Kämpfe dauerten bis 11 Uhr nachts, wobei die Massen noch immer neuen Zugang aus von Fellinghausen erhielten. Zwischen 11 und 12 Uhr griffen auch die Belgier ein, aber auch in ihrer Unwissenheit ging der Kampf nach einer Stunde weiter. Die Belgier haben die Lage